Nummer 291 | Halle, Freitag, den 12. Dezember 1924 | 59. Jahrgang | Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark und 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet: die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Draht-Anschrift „Saalezeitung hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr 29815 Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

In Köln wird nach Geschlechtern getrennt gewählt. Bei den Wahlen am Sonntag erhielten die Sozialdemokraten 13 000, die Kommunisten 12 000, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten je 3000 Frauenstimmen weniger als Männerstimmen. Dagegen übertrafen beim Zentrum die Frauenstimmen die der Männer um 17 000.

*

Der Reichsrat wird sich in seiner Vollsitzung am Donnerstag u. a. mit dem Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1925 beschäftigen.

*

Das Agrement der amerikanischen Regierung zur Ernennung des bisherigen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt Freiherrn von Maltzahn zum Botschafter in Washington ist nunmehr hier eingetroffen. Die Ernennung erfolgte Mittwoch Abend. Bisher ist die Absicht der Ernennung von Maltzahns verschiedentlich dementiert worden! Der bisherige Botschafter Wiedfeld tritt wieder in die Leitung der Kruppwerke ein.

*

Das Schwurgericht in Zweibrücken verurteilte den 28jährigen Heinrich Schindeldecker aus Pirmasens wegen Totschlagversuchs und Körperverletzung zu 2¼ Jahren Gefängnis. Der zahlreich vorbestrafte Angeklagte gehört zu jenen separatistischen Elementen, die den Schrecken der Stadt Pirmasens bildeten.

*

Die Neuwahlen des lippischen Landtages, dessen vierjährige Legislaturperiode sich ihrem Ende zuneigt, wurde vom Landespräsidium auf Sonntag, den 18. Januar 1925, festgesetzt. Der bisherige Landtag setzt sich zusammen aus fünf Deutschnationalen, vier Volksparteilern, zwei Demokraten, acht Sozialdemokraten sowie je einem Vertreter des Gewerkschaftsbundes und der Kommunistischen Partei.

*

Im englischen Ober- und Unterhause wurde die Debatte über die Thronrede festgesetzt. Eine erste Abstimmung im Unterhaus hat 277 gegen 81 Stimmen für die Regierung ergeben. Kraft dieser Abstimmung werden bis Weihnachten die von der Regierung bevorzugten Fragen Gegenstand der Aussprache bilden.

*

Mittwoch früh wurden in Versailles vier italienische Kommunisten verhaftet und unverzüglich nach der Grenze geführt.

*

Im französischen Handelsministerium ist das neue französisch-polnische Handelsabkommen unterzeichnet worden. Der Minimaltarif, der bisher nur für 30 polnische Artikel zugestanden war, wird auf 100 Artikel ausgedehnt werden. Frankreich erhält dafür eine Reihe von Zollermäßigungen für die Einfuhr nach Polen.

*

Der englische Botschafter in Washington teilte der Regierung der Vereinigten Staaten mit, daß vier englische Kriegsschiffe Amerika im Januar besuchen werden.

*

Der römische Berichterstatter des „New York Herald" hält daran fest, daß Chamberlain mit Frankreich und Italien ein geheimes Abkommen in der Marokkofrage getroffen habe. Das Abkommen werde erst dann veröffentlicht werden, nachdem der britische Außenminister es seiner Regierung unterbreitet habe.

*

Auf Anordnung des russischen Gesundheitskommissars in Moskau wurde Trotzki unter strengster Bewachung nach dem Kaukasus gebracht. Kriegsminister wird sein bisheriger Stellvertreter Phrunje.

*

Im Januar findet in Prag eine Konferenz von Vertretern der Armeen der Kleinen Entente statt, an der auch Vertreter des griechischen und polnischen Heeres teilnehmen. Auf dieser Konferenz soll die Frage der Sicherheit der der Kleinen angehörenden Mächte im Falle eines unerwarteten Angriffes erörtert werden. Die Initiative zu dieser Konferenz geht von der Tschechoslowakei aus.

*

„Exzelsior" meldet aus Athen, daß Griechenland und Rumänien Verhandlungen zur Unterzeichnung eines Bündnisvertrages eröffnet hätten.

*

Der amerikanische Marinesekretär Wilbur führte in einer Botschaft an das Marinekomitee aus, daß für die amerikanische Flotte mehr getan werden müsse, um ihre volle Kampfarbeit zu erhalten. Vor allen Dingen müsse das Stärkeverhältnis von fünf zu drei innegehalten werden. Weiter müßten die Kampfschiffe modernisiert und Begleitschiffe gebaut werden.

Die Regierung tritt zurück.

Vor einer „Regierung der Volksparteien"?

Am Mittwoch nachmittag trat die Reichsregierung zu einer Kabinettssitzung zusammen, die sich von 5 bis 9 Uhr ausdehnte. Ueber ihr Ergebnis sagt eine amtliche Erklärung:

„Das Reichskabinett beriet heute über die durch den Ausfall der Wahlen geschaffene Lage. Nach eingehenden Besprechungen beschloß es den alsbaldigen Rücktritt. Ueber den Zeitpunkt des Rücktritts wird sich der Reichskanzler mit dem Reichspräsidenten in Verbindung setzen."

Ueber die Einzelheiten der Verhandlung verlautet: Der Kanzler berichtete eingehend über den Ausgang der Wahlen und die durch sie geschaffene Verschiebung der Parteistärken. In der anschließenden Aussprache ließ Dr. Stresemann durchblicken, daß die Deutsche Volkspartei nur für einen Rechtsblock zu haben sein werde. Die Sitzung dauerte von 5 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.

Dr. Jarres ließ einem Pressevertreter gegenüber keinen Zweifel, daß er dem neuen Kabinett nicht beitreten werde. Ob Minister Hamm einem neuen Kabinett bei etwaiger Beteiligung der Demokraten oder als Fachminister sich zur Verfügung stellen wird, steht noch dahin.

In jedem Falle bedeutet der Rücktrittsbeschluß eine Klärung der politischen Lage. Eine Halbheit ist es natürlich, daß der Termin des Rücktritts nun erst wieder von einer Konferenz Eberts mit dem Reichskanzler abhängig gemacht wird. Ein Grund hierfür ist wirklich nicht zu finden, zumal es selbstverständlich ist, daß die Mitglieder des alten Kabinetts bis zur Regierungsneubildung die Geschäfte weiterführen.

Jedenfalls besteht jetzt die Hoffnung, daß die Bildung einer großen Regierung von Deutschnationalen, Volkspartei und Zentrum reibungslos vonstatten gehen kann. Ueber die Haltung der Demokraten in einem solchen Falle ist noch nichts bekannt. Das Zentrum hüllt sich gewohnheitsgemäß noch in Schweigen.

Die Deutsche Volkspartei hielt Mittwoch eine Vorstandssitzung ab, deren Ergebnis noch vertraulich behandelt wird. Nach Informationen aus verschiedenen Parteilagern dürfte damit zu rechnen sein, daß der Vorstand der Volkspartei den einzig möglichen Weg einer Regierungsbildung in einer bürgerlichen Koalition erblickt. Es gelte, auf der Grundlage früherer Beschlüsse zu verharren. Selbstverständlich sei, daß sich die Deutsche Volkspartei an einer Regierungsbildung im Reiche und in Preußen beteiligen müsse.

* * *

Ein Bürgerblock in Braunschweig.

Im braunschweigischen Landtag ist nunmehr eine Mandatsmehrheit der Bürgerlichen ausschließlich der Demokraten gesichert. Die Deutschnationalen erhalten 10 Sitze, die Deutsche Volkspartei erhält 10 Sitze, die Wirtschaftliche Einheitsliste 4 Sitze und die Braunschweig-Niedersächsische Partei 1 Sitz. Das sind 25, womit die Mehrheit von 48 Sitzen gesichert ist. Die Nationalsozialisten bleiben mit 1 Sitz allein, denn sie sind nicht fraktionsfähig und können an Ausschußberatungen nicht teilnehmen. Das gleiche gilt für die Demokraten mit 2 Sitzen. Die Abgeordneten der Wirtschaftlichen Einheitsliste und der Abgeordnete der Braunschweig-Niedersachsen werden Aufnahme in einem Bürgerblock finden, der in der Bildung begriffen ist. Dieser Bürgerblock hat die Absicht, als größte Fraktion des Landtages den Posten des Landtagspräsidenten an sich zu ziehen. Wenn es nicht zu einer solchen Blockbildung käme, würden die Sozialdemokraten als stärkste Fraktion den Posten für sich in Anspruch nehmen. Der Landtag wird noch vor Weihnachten zusammentreten, bis dahin werden auch die Verhandlungen über einen Bürgerblock beendet sein, weil beim Zusammentritt des Landtages zunächst der Präsident des Landtages zu wählen ist.

Der Prozeß des Reichspräsidenten.

Magdeburg, 10. Dez. Zu den heutigen Verhandlungen sind als Zeugen u. a. die früheren Minister und Volksbeauftragten Scheidemann, Bauer und Emil Barth erschienen. Der Zeuge Emil Barth wird über die Entstehung des Januarstreiks befragt und erklärt: Wenn es sich darum dreht, ob Ebert und Scheidemann Landesverrat begangen haben, muß erst festgestellt werden, ob die ganze revolutionär-pazifistische Bewegung, deren Teil der Januarstreik war, überhaupt Landesverrat war. — Staatsanwaltschaftsrat Dr. Doßmann beantragt darauf bei der neuen Vernehmung des Zeugen Syrig in Gegenwart des Reichspräsidenten am Mittwoch nachmittag auch den Zeugen Dittmann hinzuzuziehen. Das Gericht beschließt so. Der nächste Zeuge Wuschick, damals Funktionär der SPD., bekundet: Die Vorbereitungen des Januarstreiks wären den SPD.-Leuten von den Anhängern der radikalen Richtung verschwiegen worden. Als es sich darum handelte, Vertreter der SPD. in die Streikleitung zu wählen, habe Ebert unwirsch gesagt, er denke gar nicht daran, etwas Derartiges zu tun. Die Leute, die sich diese Suppe eingebrockt hätten, müßten sie auch ausessen. Erst als er in stundenlangen persönlichen Vorstellungen den Herren gesagt hätte, daß ihr Eintritt in die Streikleitung nicht nur im Interesse der Partei, sondern auch der Landesverteidigung liege, weil damit der Streik rascher beendet werden könnte, hatten sich die Mitglieder des Parteivorstandes damit einverstanden erklärt. — Der Vorsitzende hält darauf dem Zeugen Wuschick den „Vorwärts"-Artikel vor, der die Forderungen der Streikenden billigt. Wuschick erklärt dazu, das möge der „Vorwärts" geschrieben haben, die Meinung Eberts und des Parteivorstandes sei es nicht gewesen. Zeuge Wuschick sagt weiter aus: Unter den Arbeitern habe damals Stimmung dafür geherrscht, dem Gestellungsbefehle nicht zu folgen. Der Abgeordnete Ebert habe aber gesagt, einen solchen Rat könne er keinem geben. Der nächste Zeuge, der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Richter, sagt aus: Ebert habe damals ausdrücklich erklärt, der Parteivorstand werde unter keinen Umständen in die Streikleitung eintreten, wenn mit diesem Streik politische Forderungen durchgesetzt werden sollten. Hierauf wird die Sitzung abgebrochen, weil das Gericht sich nachmittags nach Berlin in die Wohnung des Reichspräsidenten begibt, um dort den Zeugen Syrig mit dem Reichspräsidenten zu konfrontieren.

*

Die Gegenüberstellung des Zeugen Syrig mit dem Reichspräsidenten hat Mittwoch um 5 Uhr nachmittags in der Wohnung des Reichspräsidenten in Anwesenheit des Gerichtes, der Verteidiger und des Abg. Dittmann stattgefunden. Die Vernehmung zog sich bis ½9 Uhr hin. Ueber den Inhalt darf aus prozessualen Gründen noch nichts berichtet werden. Das Protokoll wird in der Gerichtssitzung in Magdeburg am Donnerstag verlesen werden.

Abbau der Wohnungszwangswirtschaft.

Der preußische Staatsrat beschäftigte sich in seiner Mittwochsitzung zunächst mit der Verordnung über die Bewirtschaftung möblierter Zimmer und übergroßer Wohnungen. Durch die Verordnung wird die Zwangsbewirtschaftung möblierter Zimmer aufgehoben. Ferner wird bestimmt, daß eine Inanspruchnahme von Räumen, die mit Wohnräumen zusammen keine wirtschaftliche Einheit bilden, und die bereits vor dem 1. Juli 1918 gewerblich im Sinne der Reichsgewerbeordnung benutzt waren, nicht mehr zulässig ist. Es wurde eine Entschließung angenommen, wonach der Staatsrat erhebliche Bedenken dagegen äußert, daß aus dem für allgemeine Zwecke bestimmten Anteil der Hauszinssteuer ein Teil für fiskalische Zwecke Verwendung gefunden hat. Mit 33 gegen 32 Stimmen wurde der weitere Antrag der Arbeitsgemeinschaft abgelehnt, wonach der Staatsrat die schleunige Beseitigung der Wohnungsämter in Preußen empfehle. Für die Beibehaltung stimmten die Sozialdemokraten und das Zentrum.

Keine Freigabe des deutschen Vorkriegsvermögens in Italien.

Berlin, 9. Dezember. Die Mitteilung, daß die italienische Regierung Deutschland gegenüber die Erklärung abgegeben hat, auf die Ausübung des ihr aus dem Vertrag von Versailles zustehenden Rechtes der Sequestierung deutschen Eigentums zu verzichten für den Fall, daß Deutschland versucht, seinen Verpflichtungen nachzukommen, ist irrtümlich dahin ausgelegt worden, als ob damit eine Freigabe des in Italien beschlagnahmten deutschen Vorkriegseigentums verbunden sei. Demgegenüber ist festzustellen, daß der Verzicht der italienischen Regierung sich lediglich auf ein Zugreifen auf das deutsche Nachkriegseigentum erstreckt. Die Beschlagnahme und Veräußerung des deutschen Vorkriegseigentums in Italien wird durch den Verzicht nicht berührt.

Kommunistenschreck.

Von unserem Pariser Korrespondenten.

Paris, 9. Dezember.

Kaum ist die Sowjetgesandtschaft in Paris eingetroffen, als Sensation über Sensation sich ereignet. Die aufregenden Ereignisse begannen zunächst mit der Anwesenheit Sadouls in Paris, jenes französischen Kapitäns, der einstmals mit dem früheren Arbeitsminister Thomas nach Rußland geschickt wurde, um mit den damals noch nicht zur Macht gelangten Bolschewisten zu verhandeln, später abberufen wurde, aber es vorzog, in Moskau zu bleiben und in den diplomatischen Dienst der Sowjets zu treten. Er wurde in contumaciam zum Tode verurteilt. Jetzt ist er Mitglied der Pariser Sowjetbotschaft, hat sich noch vor der offiziellem Ankunft des gesamten Botschaftspersonals nach Frankreich begeben, wurde erkannt und verhaftet. Es bleibt zunächst ein großes Geheimnis, warum er sich heimlich nach Frankreich eingeschlichen hat, wo ihn doch eine so große Gefahr erwartete. Gab es einen Moskauer Befehl, dies zu tun, mit dem Zweck einen Zwischenfall und einen Märtyrer zu schaffen? Niemand kann sagen, was sein eigentlicher Beweggrund war, denn er selber schweigt hartnäckig darüber. Das allermerkwürdigste wird aber sein nun wieder aufzunehmender Prozeß sein, da nach dem französischen Gesetz ein in contumaciam gefälltes Urteil verfällt, wenn der Verurteilte später persönlich ergriffen wird. Eine neue Verhandlung muß anberaumt werden. In dieser wird die Kardinalfrage entschieden werden, ob nach dem Buchstaben des Gesetzes Sadoul tatsächlich Landesverräter war, denn Frankreich hat ja niemals im Kriegszustande mit Rußland gelebt.

Kein Wunder, wenn die Oeffentlichkeit mit allergrößter Spannung den Ereignissen entgegensieht, die im übrigen die Regierung Herriots und die Sozialisten in eine neue Verlegenheit gebracht haben. Derselbe Sadoul stand nämlich im Jahre 1919 auf der sozialistischen Wahlliste als Kandidat, und weiter, die Regierung Herriot hatte in ihrer in der Kammer angenommenen Amnestievorlage ausdrücklich einen Paragraphen eingefügt, der Sadoul amnestiert hatte. Der Senat hat ihn gestrichen. Dieselbe Regierung also, die ihn begnadigen wollte, verfolgt ihn jetzt, und dieselben Sozialisten die ihn — wohlgemerkt nach seinem Bleiben in Rußland als Kandidaten aufgestellt hatten — drücken sich verlegen um eine klare Beantwortung der kommunistischen Interpellation herum. Die Situation ist also reichlich grotesk. Tatsache ist, daß die Regierung es nicht wagt, dem betreffenden Kriegsgericht einen Wink zu geben, wie es früher reichlich oft geschehen ist. Sie hat es schon nicht im Nathalisuprozeß gewagt, denn ihre Lage wird immer kritischer. Die vielen Skandale der letzten Zeit und die Pfiffe, mit denen Herriot bereits mehrmals bei seinen Provinzreisen empfangen wurde, haben ihn anscheinend ängstlich gemacht. Er fürchtet, eine neue Gelegenheit zu Skandalen zu geben.

Die Affaire Sadoul war der Auftakt zu dem großen Kommunistenschreck, der augenblicklich durch ganz Frankreich geht. Eine geheime Konstruktion der kommunistischen Partei wurde aufgefangen, die Veranlassung zu energischen Verhaftungen der sonst sehr duldsamen Pariser Polizei gegeben hat. Diese Instruktion ist in ihrem Kern für Deutschland nichts Neues, interessant aber sind die Einzelheiten. So soll die „Zelle", die innerhalb des Polizeidienstes eingerichtet werden soll, Material über das Privatleben bekannter Persönlichkeiten geben. Die Sowjet-Agenten sollen bis zu 100 Franken pro Woche erhalten. Mitteilungen sollen, wenn nötig, auf die Mauern der Fabriken und der Aborte geschrieben werden. Diejenigen, die die Kurse in den Bolschewistenschulen mitmachen, werden dafür bezahlt werden. Eine solche Schule wurde in Paris ausgehoben und 60 Kommunisten an die Grenze abgeschoben. Des weiteren hat der Innenminister einen kommunistischen Bürgermeister telegraphisch abgesetzt.

Ein dritter Schreck bedroht noch Frankreich: die Ankunft Henri Guilbeaux, der ebenso wie Sadoul in contumaciam zum Tode verurteilt worden ist, in der Schweiz in seiner Zeitschrift „Demain" lebhafte Bolschewistenpropaganda machte und schließlich sich nach Rußland begab. Er ist übrigens auch in Deutschland durch sein ins Deutsche übersetzte, übertrieben enthusiastische Lobschrift auf Lenin

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241212011/fragment/page=0001

bekannt. Als ob das Heil ganz Frankreichs davon abhinge, veröffentlicht die gesamte Presse die Mitteilung, daß der Polizeiminister besondere Anweisungen an die Grenzbehörden zu seiner Ergreifung gegeben habe und besorgt fragen sich einige, ob er nicht etwa schon in Paris sei. Alles dies zeigt, von welcher Nervosität plötzlich die Regierung Herriot ergriffen ist.

Zu gleicher Zeit hat die katholische Opposition zu einer machtvollen Demonstration ausgeholt. In Quimper in der Bretagne wurde unter Führung von nicht weniger als 10 000 Geistlichen eine Massendemonstration gegen die kirchenfeindliche Politik der Regierung veranstaltet, bei der der Erzbischof und hervorragende Geistliche Ansprachen hielten. Charakteristischerweise in der bretanischen Sprache, indem sie an die sehr kräftigen regionalistischen Instinkte der hier ansässigen, keltischen Blut in den Adern tragenden Bevölkerung appellierten. Nirgends ist der Fanatismus größer als in der Bretagne, und die fast drei Millionen Bretonen bilden die Avantgarde des Katholizismus in Frankreich. Der klerikale Konflikt spitzt sich immer mehr zu und die Sprache wird immer hitziger. Ein hervorragender Geistlicher hat soeben wörtlich folgendes gesagt: „Ich gehöre zu der Generation des Krieges, die unter dem Eindruck steht, daß das Leben, das ihr im Kriege wunderbarerweise gerettet wurde, ihr nicht mehr selbst gehört. Ich bringe es Gott als Opfer dar, bereit zum letzten, zum höchsten Opfer". Und aus der Menge hallte es als Antwort: „Wir nehmen den Kampf auf, selbst wenn es unsere Existenz kostet, selbst wenn wir sterben sollten."

So wird von links und rechts mit einer Heftigkeit auf die Regierung gedrückt, daß man es geradezu als ein Wunder ansehen müßte, wenn sie die Gemeindewahlen im Frühjahr gesund überstehen sollte. Es ist auch kein Geheimnis, daß der kompromittierte Handelsminister Raynaldy infolge seiner Scheckaffäre über 10 000 Franken — er hatte einen solchen Scheck von einer Organisation angenommen, die er kurze Zeit hierauf bekämpfte — demnächst aus der Regierung verschwinden wird. Man wird seine Demission noch etwas hinausschieben, um den fatalen Eindruck etwas zu verwischen und nicht daraus eine Gefahr für das gesamte Kabinett zu machen.

Um das Memelland.

Die Provokationsmethoden Litauens.

Zwischen der litauischen Regierung und dem Deutschen Reiche ist ein schwerer Konflikt entstanden, der seinen Ursprung in der Annektion des Memellandes und der vertragswidrigen Behandlung dieses Gebietes hat. Bekanntlich sah der Versailler Vertrag die Uebergabe des Memellandes an die Alliierten vor. Im Jahre 1922 haben die Litauer durch einen Handstreich sich das Memelgebiet angeeignet. Die Alliierten setzten dann eine Kommission ein, die das sogenannte Memelstatut ausarbeitete, welches eine sehr weitgehende Autonomie für das Memelgebiet vorsah. Die Annektion des Memellandes wurde anerkannt, doch Litauen aufgefordert, das Memelstatut zur Durchführung zu bringen. Bis heute ist dies nicht geschehen.

Von den alliierten Regierungen wurde nun wiederholt darauf gedrängt, daß das Statut endlich zur Durchführung gelangt. Um das weiter hinausschieben zu können, hat die litauische Regierung eine Anzahl junger Leute zu geheimen Zusammenkünften veranlaßt und diese dann, 17 an der Zahl, verhaftet. Einem von den 17 ist es gelungen, zu entfliehen und durch ihn hat die Reichsregierung erfahren, was man den jungen Leuten vorwirft. Angeblich sollen sie beabsichtigt haben, die litauischen Streitkräfte, die aus einem ganzen Regiment bestehen, zu entwaffnen und das Memelland wieder selbständig zu machen. Nicht einmal von den 17 besaß Waffen. Gegen die Verhafteten soll nun in Kowno der Prozeß beginnen. Es befinden sich unter ihnen auch Reichsdeutsche. Die Reichsregierung hat energisch Protest dagegen erhoben, daß der Prozeß in Kowno durchgeführt wird, da nach dem Memelstatut das Memelland selbst eigene Gerichtsbarkeit hat.

Nun hat die litauische Regierung in Berlin mitteilen lassen, daß das Gericht in Kowno selbst die Zulassung eines deutschen Verteidigers abgelehnt habe. Die Reichsregierung hat daraufhin sofort nochmals telegraphisch energisch protestiert und erklärt, daß sie das ganze Verfahren als ungesetzlich und rechtsunwirksam erachte. Die Reichsregierung wird sich auch weiter der Sache annehmen und sich hoffentlich nicht nur mit Protesten begnügen. Schließlich dürfte Litauen mehr auf Deutschland, als Deutschland auf Litauen angewiesen sein.

Vor einem neuen Ausbruch des Islam.

Von unserem Orientkorrespondenten.

Konstantinopel, 2. Dezember.

England hat den Kampf mit der Welt des Islam wieder aufgenommen und die Schüsse, welche in Kairo den Sirdar der ägyptischen Armee zu Tode trafen, waren für das konservative englische Kabinett das Signal, die Politik des Kompromisses zwischen dem britischen Weltreich und dem ideellen Weltreich des Islam einer gründlichen Revision zu unterziehen. Es wird sich erst zeigen, ob es unleugbaren Niederlagen, welche die englische Orientpolitik in den letzten Jahren erlitten hatte, durch eine Politik der Bajonette wettgemacht werden kann. Oder ob nicht vielmehr der Weg des Kompromisses der richtigere gewesen ist, den Gefahren zu begegnen, welche aus dem immer aufs Neue gereizten Haß von den 250 000 000 Menschen dem englischen Imperium und dem ganzen Abendlande drohen.

Die letzte der englischen Niederlagen im Orient, welche den Verlust des politischen Einflusses in Afghanistan, dem Rückzug aus Persien, dem Anwachsen der indischen Bewegung, der Geburt einer neuen starken Türkei sich anschloß, war die Eroberung Mekkas durch die Wahabiten, das Vertreiben des Königs Hussein von Hedjas aus seinem Lande, des Verbündeten Englands, den dieses außer einer namhaften jährlichen Rente vertraglich zugesichert hatte, es werde ihn „gegen jeden äußeren und inneren Feind Schutz und Unterstützung gewähren".

Die wahabitische Bewegung geht weit in die Jahrhunderte zurück. Ihr geistiger Vater war Taki eddin ibn Teimijia, der „Savonarola des Islam", der im 14. Jahrhundert den Islam seiner Zeit in Wort und Schrift einer Kritik unterzog, deren Ziel einerseits die Rückkehr zu Koran und Sunna, der Tradition und andererseits der rücksichtslose Kampf gegen alle „Neuerungen" war. So wandte er sich erbittert gegen den Prophetendienst und Heiligenkultus, gegen die Wallfahrt zum Prophetengrabe bei Medina — nicht aber gegen die religiös unbedingt notwendige Mekkawallfahrt, wie oft irrtümlich behauptet wird — gegen den Gebrauch des Rosenkranzes, den Bau der Minarets, die Errichtung von Grabsteinen, den Gebrauch von Seidenkleidern, Gold und Edelsteinen, den Genuß von Tabak und Kaffee und so fort. Diese strengen Forderungen in bezug auf die äußere Lebensführung mehr noch als die dogmatische Strenge einer Forderung, sich nur auf Koran und Sunna in ihrer strengsten Auslegung zu stützen, also jede Evolution und Modernisierung der islamischen Lehrmeinungen perhorreszierend, hatte diesem Savonarola des Islam den Haß und die Verfolgung der Orthodoxie zugezogen. Er starb als ein Opfer dieser Verfolgungen im Jahre 1328 im Kerker.

Ungefähr vierteinhalb Jahrhunderte später griff ein Mann im Zentralarabien die Gedanken des Ibn Teim auf und nach langem gründlichen Studium der Schriften seines Meisters begann er unter seinen Landsleuten in Wort und Schrift für die Wiederherstellung der Reinheit des Islam zu werben. Dieser Mann war Mohammed ibn Abd al-Wahab, nach welchem die neue puritanische Bewegung nunmehr ihren Namen tragen sollte. Das Schwert seiner Ideen aber war sein Schwiegervater Mohammed ibn Saud, der Scheich der mächtigen Sippe Mukrin des Stammes Mestalif der Anesiaraber im Lande Nedschd. Im Jahre 1746 begann die neue Sekte ihr religiöses Reinigungswerk mit dem Schwert in der Hand bei den Nachbarstämmen. Der Nachfolger Muhammedes, Abdul Asis, setzte sich am Persischen Golf fest und am 30. April 1803 eroberten die Wahabiten zum ersten Mal Mekka. Nach kurzer Zeit vom Scherifen Galib, dem Ahnen des Königs Hussein, vertrieben, kehrten die Wahabiten 1806 wieder nach Mekka zurück. Sie verweigerten den türkischen Pilgerkaravanen den Eintritt ins Gebiet von Mekka, forderten den Sultan Mahmud II. in einem Sendschreiben zur Annahme ihrer Lehrmeinung auf, plünderten 1810 den Dschebel Hauran in Syrien und organisierten im Persischen Golf den Seekrieg. Da dem Sultan die Mittel fehlten, das unaufhaltsame Vordringen der Wahabiten zu verhindern, beauftragte er Mehemed Ali, den ersten Vizekönig von Aegypten, gegen diese zu Felde zu ziehen. Seinem Feldherrn Tusum Pascha gelang es zwar, Mekka und Medina zu erobern, aber er vermochte nur mit Mühe gegen den Ansturm der Jünger Wahabs Handhaben, bis 1813 Mehemed Ali selbst die Leitung der Operationen übernahm und hiegegen fortführte und schließlich sein berühmter Sohn Ibrahim Pascha 1818 auch die Hauptstadt Daria des wahabitischen Reiches nach schwerem Wüstenmarsch eroberte. Der damals regierende vierte Wahabitenfürst Abdullah aus der nach ihrem Gründer, dem Schwiegersohn Abd al-Wahabs benannten Dynastie Ibn Saud wurde gefangen von Mehemed Ali an den Sultan ausgeliefert und in Konstantinopel enthauptet.

Schon dem sechsten Fürsten der Dynastie, Turki bin Abdullah, gelang es, um 1822 die Aegypter wieder zu vertreiben und die Unabhängigkeit des Wahabitenreiches aufs Neue fest zu begründen. Er war es, der Rijad zur Hauptstadt machte, was es bis heute geblieben ist.

Erst in der Zeit des zehnten Wahabitenfürsten Feisel bietet wieder besonderes Interesse. In dieser Zeit nämlich, etwa um die Mitte des 19. Jahrhunderts gelang es der Familie Ibn Raschid, im nördlich von Nedschd gelegenen Gebiet Schammer die Beduinenstämme zu einigen und einen neuen Staat zu begründen. Um 1886 zwangen sie die Wahabitenfürsten unter ihre Oberlehnsherrschaft und setzten nach ihrem Belieben den jeweiligen Sultan des Nedschd ein oder ab.

Erst dem achtzehnten Fürsten Abdul Asis gelang es, zu Beginn des Jahres 1902 die Schammariten zu vertreiben. Abdul Asis, aus dem Hause Ibn Saud — nicht „Ibn Saud", wie ihn Europa nach dem Namen der Dynastie irrtümlich nennt — ist es auch, der jetzt König Hussein, den Vasallen Englands, aus dem Hedschas vertrieben und der scheinbar ernstlich versucht, die schwerwiegendsten Probleme der Einigung des Islam in Angriff zu nehmen.

Nicht nur die englische Orientpolitik, sondern auch die politische Idee des Islam schien in letzter Zeit schwere Schicksalsschläge erlitten zu haben. Von den beiden Symbolen moslimischer Gemeinsamkeit und Einigkeit, dem Kalifat und Mekka, dem Ziel der allen Moslimen vorgeschriebenen Wallfahrt, wurde das erstere durch Abschaffung des türkischen Kalifats vorläufig außer Kraft gesetzt und das letztere befand sich in der Hand eines Fürsten, der tatsächlich nur ein Vasall Englands war und durch seine Bedrückungen der Pilger die Pilgerfahrt erschwerte. Dies vermochte der niemals schlummernde Glaubenseifer der Wahabiten nicht länger zu ertragen. Abdul Asis, welcher sich in Arabien des größten Ansehens erfreut, griff zum Schwert und eroberte die heiligen Städte des Islam. Gleich nachher aber lud er die islamische Welt zu einem Konzil nach Riad, vor ihrem Forum seine Politik zu rechtfertigen und über die Frage des Schutzes islamischen Interessen, vor allem über die Frage des — Kalifats zu beraten.

Das indische Kalifatskomitee, welches gegen 70 000 000 unbedingt geborchende Moslime an unbedingter Gefolgschaft vertritt, sandte seine Delegierten. Aegypten, Irak und Persien waren durch ihre einflußreichsten geistlichen Führer vertreten. Die Senussis, welche seit Jahrzehnten die erfolgreichen Träger islamischer Abwehr gegen die europäische Penetration im mittleren und westlichen Nordafrika sind, waren erschienen außer vielen anderen Delegierten aus den verschiedenen Ländern des Islams. Während bisher die panislamistische Bewegung von einem Wunderscheichen oder Regierungen, von Fürsten und Gelehrten wenig gefördert und in ihrem Geiste gepflegt wurde, haben wir es jetzt mit dem ersten panislamischen Kongreß zu tun, welches die moderne Geschichte des Islam kennt.

Gleichviel wie die Ergebnisse des Konzils sein mögen, jedem, welcher der islamischen Bewegung nahe steht, ist es klar, daß er eine neue Richtung, eine Wendung zur Konzentration der Kräfte dieser Bewegung bedeutet. Und das Abendland, welches bisher nur den glaubenseifrigen Islam kannte, wird sich in nicht ferner Zeit dem organisierten Islam gegenüberstehen.

Abdul Asis, der Wahabitensultan, rechtfertigte vor dem Kongreß seinen Kriegszug gegen König Hussein damit, daß letzterer sich ohne Zustimmung der islamischen Welt zum Kalifen proklamiert habe, daß er die Mekkapilger ausplünderte und daß er mit den Engländern Verträge geschlossen habe, welche die Einigkeit und Unabhängigkeit Arabiens gefährden. Gründe genug, den Krieg des Wahabitenfürsten gegen ein anderes moslimisches Land zu rechtfertigen. Diese Erklärung ist vorläufig gegen England gerichtet, denn England hatte ein Interesse an dem Kalifat seines Vasallen, England hatte ein Interesse, die alljährlich den Glaubenseifer immer neu aufstachelnde Pilgerfahrt nach Mekka seinen zahlreichen moslimischen Untertanen zu erschweren, und England schließlich war es, welches aus dem Vertrage mit König Hussein den alleinigen Vorteil zog.

Die letzten Ereignisse haben den Einfluß der fanatischen, christenfeindlich gewahabitischen Richtung in der islamischen Welt aufs Neue gestärkt.

Wenn es den Engländern nicht gelingt, die Verbindung von nationalem Freiheitsdrang und religiösem Fanatismus wieder zu lösen, die Abdul Asis geschaffen hat, dann können die 250 Millionen Gläubigen des Islam zu einer ungeheuren Gefahr für Englands östliches Reich werden.

Jahia Ban.

Zur Lohnregelung im Ruhrbergbau.

Am Mittwoch wurde in Essen unter dem Vorsitz des Oberregierungsrates Mewes über die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 25. November für den Ruhrkohlenbergbau verhandelt. Die Einigungsverhandlungen führten zu keiner Verständigung. Die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches wurde darauf vom Reichsarbeitsminister abgelehnt. Erneut aufgenommene Einigungsversuche führten wiederum nicht zu einer Verständigung. Darauf erging am späten Abend folgender Schiedsspruch: Vom 1. Dezember 1924 ab erhöhen sich die Löhne der Lohnordnung wie folgt: 1. Für Zimmerhauer von 5,60 auf 6,10 Mark; 2. für angelernte Arbeiter von 5,20 auf 5,65 Mark; 3. für ungelernte Arbeiter von 4,80 auf 5,15 Mk. Die Kündigung der Lohnordnung ist erstmalig am 1. Februar 1925 zulässig. Die Erklärungsfrist zum Schiedsspruch läuft bis zum Sonnabend, den 13. Dezember 1924.

Radfahrer! Mäntel und Schläuche im Spezialgeschäft Gumm.-Bieder, Gr. Steinstrasse 81 (Nähe Markt).

Die Insel der verlorenen Schiffe.

Roman von Crittenden Marriott.

Ins Deutsche übertragen von Ottomar Reichard.

27. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Havard blickte wild um sich. Mit einem Satz warf er sich vor Dorothy. In seiner Rechten schwang er einen Bootshaken. Er machte sich keine falschen Hoffnungen über den Ausgang des Kampfes, einer gegen alle. Aber er wußte Dorothy schützen, bis ans bittere Ende.

„Kommt an," rief er herausfordernd. Drohend nahten die am nächsten Stehenden. Die Hinteren drängten murrend nach. Die nur für Augenblicke gezähmte Bestie erwachte. Schon griffen sie nach ihm.

Da geschah etwas Unerwartetes.

„Laßt ihn!" rief eine klare Stimme gebieterisch. Es war Dorothy. Sie stand inmitten dieser Halbwilden — jeder Zoll eine freie Amerikanerin. Und so stark war der Eindruck, den sie auf die Männer machte, daß sie scheu zurückwichen. Dann schritt sie auf Havard zu, reichte ihm die Hand und sagte mit niedergeschlagenen Augen: „Wenn Sie mich wollen, Mister Havard, will ich Ihre Frau werden."

In Havards unbeweglichem Gesicht malte sich etwas wie Erstaunen. Aber nur einen Augenblick lang. Dann ergriff er Dorothys Rechte.

Auf der Kommandobrücke stand Pastor Pilott in schwarzem Rock, ein weißes Bäffchen um den Hals. Vor ihm kniete ein Mörder und eine Dollarprinzessin. Forbes Vorräte waren glänzend assortiert. Sogar Trauringe hatte er bei der Hand. Unter dem tropischen Abendhimmel schnatterten die Papageien in ihren goldenen Käfigen, schrien die Affen. Der jüngste Sproß aus Vater Joh' Schweinezucht war, niemand wußte wie, in die heilige Handlung hineingeraten und wurde von Forbes mit einem kräftigen Fußtritt in die Gegend seines Ringelschwänzchens bedacht. Forbes selbst stand, soweit seine Kleidung und sein gutgestärktes Oberhemd in Frage kamen, tadellos aufgebürstet, grimmigen, verschwollenen Gesichts neben dem Brautpaar und teilte sich mit dem abwesend blickenden, heimlich nach seinen Handschellen fühlenden Jacquett in die Funktion der Trauzeugen. Die Hälse gereckt, entblößten Hauptes, lauschten die Kolonisten. Und nachdem Pilott den Segen erteilt, stieg aus vierundzwanzig Kehlen ein frommer Sang empor, schwoll mächtig in die Breite und verlor sich langsam im Mastenwald der Insel der verlorenen Schiffe.

Drei Hurras dröhnten.

XVII.

Inmitten der Tropendämmerung kehrten Havard und Dorothy, von Jacquett, der den „Mörder" taktvoll auf einige Schritte Distanz bewachte, gefolgt, langsam auf die „Queen" zurück. Sie gingen dabei möglichst dem Weg nach, den der Offizier tags zuvor markiert hatte. Vater und Mutter Joh hatten versprochen, später nachzukommen.

Die drei Schiffbrüchigen schritten stillschweigend dahin. Von Zeit zu Zeit ein kurzer Warnungsruf, wenn der Weg über die Wrackgefahrdrohend erschien. Sie gingen, kletterten, wrakauf, wrakab, jeder in seine eigenen Gedanken versunken.

„Kapitän Forbes," bemerkte Dorothy schüchtern, um nur überhaupt etwas zu sagen, „hat mir mitgeteilt, daß seine Leute bereits Besitz von unserem Schiff und seinem Inhalt ergriffen hätten. Glauben Sie, daß dies wahr ist, Mister Havard?"

„Ich zweifle sehr daran," erwiderte Havard, den Kopf verneinend schüttelnd. „Aber wir werden ja sehen."

Etwa zweitausend Meter vor ihnen zeichnete sich die Silhouette der „Queen" vom Abendhimmel ab. Alle drei erzitterten freudig, als sie das Schiff erblickten, das ihnen als ihr Zufluchtsort erschien. Für ihre Gedankenwelt stellte diese Ruine, die bereits zur Hälfte im Wasser lag, die Verbindung mit der Heimat dar. Und auf jeden Fall bot die „Queen" doch einen Schutz, wenn Forbes irgend etwas gegen sie im Schilde führte. Zuerst waren sie glücklich gewesen, die „Queen" verlassen zu können. Jetzt waren sie noch weit glücklicher, als sie ihren Speisesaal wieder erreichten und feststellten, daß selbst in den Kabinen alles in Ordnung war. Nichts fehlte. Forbes hatte gelogen.

Aber kaum waren sie an Bord, so überkam die Schiffbrüchigen ein Gefühl der Verlegenheit. Während der Rückkehr wurde ihre Aufmerksamkeit durch die Gefahren des Weges abgelenkt. Das seltsame Verhältnis, in dem sie jetzt zueinander standen, würgte jetzt an ihren Kehlen.

Wieder empfand Dorothy ein Gefühl der Schwäche. Ihre Nerven, durch Willenskraft bisher aufs höchste angespannt, ließen nun, nachdem die Gefahr überwunden schien, wieder nach. Sie fühlte schreckliche Müdigkeit.

Das Abendessen und die Vorbereitungen zum Essen boten eine angenehme Unterbrechung. Es mußte gekocht, auf den Tisch gebracht werden, und man mußte sich zu Tische setzen. Diese einfache Beschäftigung brach das Eis ein wenig. Dennoch dachten alle drei an nichts als an die aufregenden Erlebnisse des Tages, keiner aber wagte, das Thema anzuschneiden.

Nach beendeter Mahlzeit faßte Jacquett seinen großen Entschluß. Nachdem er noch einen prüfenden Blick auf seinen Gefangenen geworfen, legte er distret Messer und Gabel auf den Tisch, hustete geräuschvoll und verließ den Speisesaal, ohne auch nur noch eine Silbe zu sprechen. Die beiden jungen Leute waren allein. Sie sahen sich an. Dorothy, mit zitternden Lippen war schön wie noch nie; Havard betrachtete sie. Sein Blick war voller Respekt und Mitgefühl.

„Sie haben mir etwas zu sagen, Miß Fairal?" fragte er sanft. „Sprechen Sie und fürchten Sie nichts. Ich kann alles begreifen. Sie werden sehen."

Dorothy weinte.

„Ich habe heute," sagte sie, „einen Handel abgeschlossen." Sie sagte es, von Schluchzen unterbrochen. „Ich war im Netz gefangen; ich stand vor dem Zwang, einen Mann zu heiraten, den ich verabscheue. Und Gott allein weiß, wie ich ihn verabscheue. Ich hätte jedweden Ausweg gewählt, um vor dieser Bestie gerettet zu werden. So willigte ich ein, demjenigen als treue Gattin anzuhören, der mich vor Forbes schützen würde. Mister Havard, Sie sind meinem Ruf gefolgt."

„Jawohl," sagte Havard, „das bin ich."

„Sie scheinen schwächer als Forbes. Keiner von uns glaubte, daß Sie es unternehmen könnten, diesem Koloß gegenüberzutreten. Er selbst glaubte es wohl am wenigsten. Er wollte Sie töten. Ich las die Mordgier in seinen Augen. Auch Sie werden es bemerkt haben, und dennoch haben Sie Mut genug gezeigt, ihm zu trotzen. Warum taten Sie das?"

Havard zuckte leicht mit den Achseln.

„Nehmen Sie doch die Sache nicht so ernst. Gewiß, der Bursche ist stark. Das ist schon richtig. Aber er ist nicht mehr allzujung. Seine Bewegungen sind schwerfällig; es fehlt ihm an Beweglichkeit. Schon nachdem zwei Minuten vergangen waren, wußte ich, woran ich sei. Und wenn Sie mich fragen, weshalb ich ihm gegenübergetreten bin! Mein Gott, weil die Pflicht dies von mir forderte. Kein Mann von Ehre hätte auch nur einen Augenblick gezögert und," Havard verfiel in einen bitteren Ton, „trotzdem ich ein zum Tode Verurteilter bin, betrachte ich mich selbst noch als solchen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241212011/fragment/page=0002